

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Vertrauensfrage wurde bisher 4 mal im Deutschen Bundestag gestellt, immer dann, wenn der Bundeskanzler Neuwahlen herbeiführen wollte oder eine tiefgreifende Unsicherheit in der Regierung bestand. Diese Unsicherheit der jetzigen Regierung ist in den letzten Wochen mehr als deutlich geworden.

Schröder verband die Vertrauensfrage mit einer Entscheidung, die die Grünen zu einer Gewissensfrage gemacht haben. Ein Kanzler, der die Abgeordneten seiner Koalition erpressen muss, um seine Politik durchsetzen zu können, zeigt die ganze Schwäche seiner Position.

Von den möglichen 340 Stimmen erhielt er 336, 4 Grüne stimmten mit „Nein“. Allerdings waren es vorher 8 Gegner, die unter dem Druck „würfelten“, welche 4 Abgeordnete mit „Ja“ und welche 4 mit „Nein“ stimmen sollten. Nur um die Macht zu erhalten!! 15 Abgeordnete der SPD gaben sofort nach der Abstimmung eine Erklärung gegen den Bundeswehreinsatz ab! (72 schriftliche Erklärungen lagen ebenfalls vor!!)

Schröder und seine rot-grüne Koalition sind am Ende, auch wenn sie sich bis zur nächsten Wahl noch retten können.

IF

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Kinder annehmen -
Familien stärken ...S.2

Experten: Bessere
Rahmenbedingungen für
Sportvereine schaffen
...S.3

Sozialversicherungsfrei-
heit für Au-Pairs ...S.4

Mobilfunkaufklärung und
Handykennzeichnung
gefordert ...S.5

Einsatz von Impfstoffen
nach Anschlag mit
B-Waffen nur begrenzt
möglich ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Kinder annehmen - Familien stärken

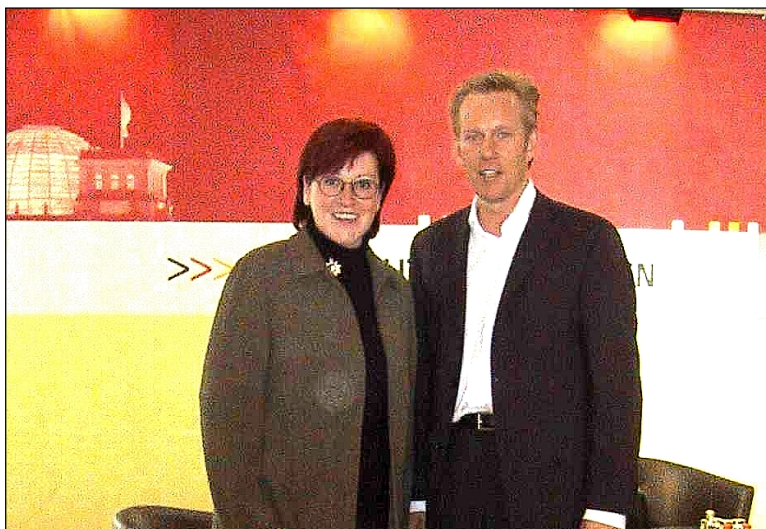


►► "Wo bleibt der Familienruck?" Mit dieser Frage begrüßte unser Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz am Mittwoch morgen die über 450 Teilnehmer des familienpolitischen Kongresses im Museumsgebäude des Hamburger Bahnhofs in Berlin, auf dem unser Familienkonzept vorgestellt wurde. Prominenter Gast war Johannes B. Kerner, der die Veranstaltung moderierte.

Unser Familienkonzept beruht es auf einem Drei-Säulen-Modell:

1. Säule: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben

Wir brauchen zum einen ein vielfältiges und besseres Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Zum anderen müssen Unternehmen flexibler und familienfreundlicher in der Gestaltung der Arbeitsplätze werden und es Eltern ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinbaren.



Ingrid Fischbach und Johannes B. Kerner während des Familiengipfels

Es ist nicht hinnehmbar, dass noch immer für nur rund 5 % der Kinder in Deutschland ein Krippenplatz zur Verfügung steht.

Es geht uns nicht darum, für jedes Kind eine Rundum-Betreuung durchzusetzen; viel mehr muß den Eltern Flexibilität bei der Wahrnehmung der Kindererziehung eingeräumt werden.

2. Säule: Das Familiengeld

Dieses soll in drei Stufen eingeführt und von der Geburt eines Kindes bis zu dessen Volljährigkeit gezahlt werden, einkommensunabhängig, steuer- und sozialabgabenfrei:

0 – 3 Jahre 1200 DM; 4 – 18 Jahre 600 DM;

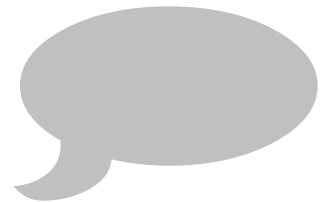
über 18 Jahre 300 DM (wenn Schule oder Ausbildung).

Ziel ist es, rund 1 Million Kinder aus der Sozialhilfe herauszuholen.

3. Säule: Erziehungskompetenz

Die Förderung des Familienzusammenhalts und die Stärkung der Erziehungskompetenz, die dritte Säule des Familienkonzeptes, ist ebenso eine wichtige Aufgabe künftiger Familienpolitik .

Fischbach:,, Die vielen, bereits vorhandenen Ansätze zur Familienförderung müssen ausgebaut werden. Ziel muß es sein, die Gesellschaft wieder familienfreundlich zu machen. Dieses Ziel kann jedoch nur mit Hilfe der Betriebe und Tarifpartner, Kindergärten, Schule und Bildungseinrichtungen, Ämter und öffentlichen Institutionen gemeinsam erreicht werden. Deutschland braucht einen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mentalitätswechsel für die Familie. Das ist der eigentlichen Kern unserer Familienoffensive "Faire Politik für Familien". <<<



Spruch der Woche

"Ich bedaure, daß er die Politik aufgegeben hat, die wir den Wählern versprochen haben."

Oskar Lafontaine,
Ex-SPD-Chef, über seinen
alten Rivalen
Bundeskanzler Gerhard
Schröder

Experten: Bessere Rahmenbedingungen für Sportvereine schaffen

▶▶ Die Politik muss dafür sorgen, dass die Sportvereine und die dort ehrenamtlich Tätigen bessere Rahmenbedingungen erhalten. Diese Auffassung vertraten die Sachverständigen einer Öffentlichen Anhörung des Sportausschusses am Mittwochnachmittag einhellig.

Die Rahmenbedingungen müssen ehrenamtliches Engagement erleichtern und nicht erschweren. Wenn die Vereine ihre soziale Bindungsfunktion insbesondere in Ortsteilen effektiv ausüben sollen, muss man ihnen im Steuerrecht entgegenkommen. Nach Einschätzung der Sachverständigen war die Erhöhung der Übungsleiterpauschale von 2.400 auf 3.600 DM - eine Nachbesserung aufgrund unserer Hartnäckigkeit!! - ein richtiger Schritt. Allerdings muss der Personenkreis, der davon profitiert, ausgeweitet werden. Die Neuregelung der 630-DM-Jobs zieht zuviel Verwaltungsaufwand nach sich und muss ebenfalls vereinfacht werden. <<<



Sozialversicherungsfreiheit für Au-Pairs

▶▶ Für Au-Pair-Kräfte, die ein Taschengeld in Höhe von monatlich bis zu 400 DM bekommen, soll grundsätzlich Sozialversicherungsfreiheit bestehen. Dieses Anliegen tragen wir in einem Antrag vor. Die Voraussetzung für die Sozialversicherungsfreiheit soll ein ausreichender Sprachkurs in deutscher Sprache sein.

Neben dem Kennenlernen der deutschen Kultur und des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik sind deutsche Sprachkenntnisse ein wichtiger Aspekt von Au-Pair-Aufenthalten. Die Au-Pair-Kräfte bringen den Gasteltern eine Erleichterung bei der Kinderbetreuung und bei leichten Hausarbeiten.

In den vergangenen Monaten hat aber die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung von Au-Pair-Verhältnissen zu erheblichen Unsicherheiten bei den Gasteltern in Deutschland geführt. Nach Auffassung der Spitzenorganisation der Sozialversicherung kann die Frage, ob eine Au-Pair-Kraft eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausübt, nur im Einzelfall beantwortet werden. <<<

Mobilfunkaufklärung und Handykennzeichnung gefordert



►► Wir fordern die Bundesregierung in unserem Antrag auf, in einer bundesweiten Aufklärungskampagne unter anderem darüber zu informieren, wie Mobilfunknetze strukturiert sind und welche Auswirkungen die elektronmagnetischen Felder von Basisstationen und Handys haben.

Darüber hinaus soll Sorge dafür getragen werden, dass auf Handys zuverlässige und eindeutige Angaben über Sendeempfangs- und Strahlungseigenschaften vermerkt sind.

Neben der Kennzeichnung von Mobilfunkgeräten soll eine kontinuierliche Erforschung der elektromagnetischen Auswirkungen aus den UMTS-Erlösen finanziert werden.

Die wissenschaftlichen Regeln und Kriterien der Weltgesundheitsorganisation sollen nach unserer Ansicht Grundlage der Forschung sein. Im Weiteren ist dafür zu sorgen, internationale Erkenntnisse der Forschung auf EU-Ebene zusammenzuführen und sicher zu stellen, dass bei der Standortfindung von Sendeanlagen durch die Kommunen Mobilfunkbetreiber und kommunale Spitzenverbände berücksichtigt werden.

Ingrid Fischbach: „Der Mobilfunk ist aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken und wird sich weiter verbreiten. Aber Berichte über eine Gesundheitsgefährdung oder Schäden durch Mobilfunk haben viele Menschen verunsichert.

Die Bundesregierung hat es unterlassen, die Bevölkerung ausreichend über Technik und Auswirkungen zu informieren und auch die Mobilfunkforschung vernachlässigt, obgleich sie aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen profitiert hat. Die Bundesregierung muss sich ihrer Verantwortung stellen, die Menschen seriös und neutral aufzuklären, Entscheidungsträger zu informieren und die Forschung voranzutreiben.“ ◀◀



Wußten Sie schon,

... daß ein Mensch im Schnitt 1000 Markennamen von Produkten im Kopf hat? Dabei beträgt der aktive Wortschatz im Mittel rund 2500 Vokabeln – ohne die Produktnamen. Die einprägsamsten Marken sind die von Lebensmitteln, Getränken, Autos, Bekleidung und Computern.

Einsatz von Impfstoffen nach Anschlag mit B-Waffen nur begrenzt möglich



►► Der Einsatz von Impfstoffen nach einem terroristischem Anschlag mit biologischen Waffen ist nur sehr begrenzt möglich. Dies ist das Ergebnis der Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage.

Bei den meisten in Frage kommenden Erregern steht eine Behandlung mit Antibiotika im Vordergrund, so zum Beispiel bei Milzbrand und Pest.

Weiter heißt es, in Deutschland seien Impfstoffe gegen die Erreger von Milzbrand, Pest und Pocken nicht zugelassen und nicht kurzfristig verfügbar. Derzeit prüft die Bundesregierung gemeinsam mit den für die Gesundheitsvorsorge zuständigen Ländern die vorhandenen Bestände an Impfstoffen gegen potenzielle biologische Kampfstoffe.

Es wird daran gearbeitet, einen Vorrat an Pockenimpfstoffen aufzubauen. Entsprechende Kontakte zu Impfstoffproduzenten gibt es bereits.

Weiter erklärt die Bundesregierung in der Antwort, die Blutspendedienste des Deutschen Roten Kreuzes, die etwa 80 Prozent der Versorgung mit Blutkonserven sicherstellten, verfolgten das Ziel, eine Katastrophenreserve von drei Tagen aufzubauen. Damit könnten im Katastrophenfall 5.000 bis 10.000 Personen unverzüglich versorgt werden.

Nach dem Verbrauch der Reserve sei es möglich, den Bedarf durch die erhöhte Spendenbereitschaft der Bevölkerung zu ersetzen. Der einzelnen Blutspendeeinrichtungen seien darauf vorbereitet, für einen Zeitraum von bis zu vier Wochen entsprechende Testmaterialien für Blutkonserven zur Verfügung zu stellen. Damit könnten auch spontane Hilfskampagnen ausreichend bewältigt werden. ◀◀



... das Allerletzte!

"Eher würden die Grünen die Panzer selber fahren, als ihre Ministerstände aufzugeben."

CDU-Generalsekretär
Laurenz Meyer vor der
Abstimmung zur
Vertrauensfrage in Berlin